

## **FDP fragt: Warum lässt der Bund seine eigenen Immobilien in Krefeld verfallen und macht sie so unbenutzbar ?**

Die Entscheidung des Oberbürgermeisters Gregor Kathstede (CDU), das Schullandheim in Herongen für die Unterbringung von Asylbewerbern zu nutzen, findet die Unterstützung der FDP-Stadtratsfraktion.

"Angesichts der Notsituation, in der sich die Stadt wegen des immer größer werdenden Zustroms von Flüchtlingen befindet, ist dies richtig und angemessen", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Kritisch äußert sich die FDP-Stadtratsfraktion in diesem Zusammenhang allerdings zu der Immobilienpolitik des Bundes: " Der Bund zwingt Städte und Gemeinden, so auch Krefeld, eigene Immobilien für die Unterbringung von Asylbewerbern zu verwenden. Dazu gehören auch solche, die ansonsten von der Stadt für andere Zwecke freigegeben würden. Der Bund selbst lässt aber eigene Immobilien leer stehen und verwahrlosen und macht sie so unbrauchbar, z. B. für die Unterbringung von Flüchtlingen. Markante Beispiele in Krefeld sind die seit Jahren leerstehenden Kasernen an der Kempener Allee und im Forstwald."

Im Falle der Kempener Allee "versündige" sich der Bund im Übrigen auch gegen den Denkmalschutz: "Die Kasernen stehen unter Denkmalschutz. Dies hindert den Bund allerdings nicht daran, sie verwahrlosen zu lassen. Würde sich ein Privater wie der Bund verhalten, würde er über kurz oder lang behördlicherseits zur Verantwortung gezogen werden.

Ansprechpartner für die Kasernen in Krefeld ist die bundeseigene BImA (Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten). Mit dieser werden seit Jahren auch von der Stadt Gespräche über die Nutzung der Immobilien geführt. "Das Desinteresse der BImA an dem Eigentum der Steuerzahler ist bemerkenswert". Anscheinend sind sie der Auffassung, dass sich Grund und Boden besser vermarkten lassen, wenn die darauf befindlichen Gebäude vollkommen ruiniert sind", erklärt Heitmann.